

# ¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 722

Mittwoch, 03. Februar 2021

28. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

|  |   |
|--|---|
| Der Bergbau im Izabal-See geht weiter und der Widerstand organisiert sich neu.....             | 1 |
| Welle von Frauenmorden in Guatemala, Proteste in der Hauptstadt.....                           | 2 |
| Oberste Wahlbehörde bestätigt die Auflösung der UCN wegen Finanzvergehen.....                  | 2 |
| Korruption im Gesundheitsministerium: Estuardo Galdámez in Untersuchungshaft.....              | 3 |
| Das Massaker von Tamaulipas zeigt die Dringlichkeit, die Migrationsursachen anzugehen.....     | 4 |
| Kongress ignoriert die Zweifel an der Integrität des neuen Verfassungsrichters Mynor Moto..... | 4 |
| Neues Dossier: Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Zentralamerika.....     | 6 |

### *Der Bergbau im Izabal-See geht weiter und der Widerstand organisiert sich neu*

**El Estor, 30. Januar** - Trotz des vom guatemaltekischen Verfassungsgericht gefassten Urteils, vom 18. Juli 2019, mit dem der Compañía Guatemalteca de Níquel (CGN) die Abbau Lizenz entzogen wurde, läuft die Nickelmine bis heute 24 Stunden am Tag auf Hochtouren. Die LKWs mit dem giftigen Abraum, rollen täglich nach Puerto Barrios, durch indigene Siedlungen und am Ufer des Izabal-Sees entlang.

Am Samstag, 30. Januar 2021 trafen sich ca. 200 Vertreter\*innen der autonomen Verwaltung der Maya Q'eqchi' und der Fischereigewerkschaft aus der Region El Estor im Versammlungssaal „Kolosseum“ in El Estor. Diese Versammlung wurde vor allem von der Fischereigewerkschaft als höchst dringlich eingeschätzt. Drei ihrer Mitglieder hatten sich auf Bestechungsangebote der Minenbetreiber eingelassen. Sie gaben dabei das Versprechen, den Kampf gegen die Mine einzustellen. Mit sofortiger Wirkung wurden sie aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Mit vereinter Kraft wollen die Menschen um den Izabal-See ihren Widerstand gegen die Nickelmine neu formieren. Sowohl die beiden Hurrikans Iota und Eta als auch Covid 19 haben der Region schwer zugesetzt. Der Vorsitzende der Fischereigewerkschaft, Cristobal Pop, berichtet von stark verschmutzten Gewässern seit der Zeit der Unwetter, die einen lukrativen Fang unmöglich machen. Ausserdem haben die Fischer den Verdacht, dass die Mine seit dieser Zeit verstärkt Abwässer in den See leitet. Der See hat bis heute noch nicht seine ursprüngliche Klarheit erreicht. Die niedrigen Fangquoten sprechen für sich und bedeuten für die Fischer\*innen eine steigende Arbeitslosigkeit.

Die Versammlung am Samstag wurde von den beiden spirituellen Mayaführer\*innen, Avelino Chub und Glenda Caal, mit einer Maya-Zeremonie und einem Gebet eröffnet. Beide betonten, dass die Situation von Mutter Natur in den Regionen der „Sierra Santa Cruz“ und der „Sierra las Minas“ sich von Tag zu Tag verschlechtere. Sie machten die CGN, die Palmölplantagen und weitere Unternehmen, die Monokultur betrieben, dafür verantwortlich.

Dann gab es einen Blick zurück. Seit 2005 gibt es den Rat der indigenen Gemeinschaften. Jahre des Widerstands gingen ins Land. Immer wieder wurden in der Vergangenheit Mitglieder von Vertretern der transnationalen Unternehmen manipuliert und bestochen. Einige Maya-Aktive bezahlten in der Vergangenheit mit ihrem Leben. Ein zermürender Kampf.

Die Versammlung einigte sich deshalb darauf, sich eine neue Struktur zu geben und neue Gremien zu wählen, die die indigenen Gemeinschaften vertreten. Das flächenmässig grosse autonome Gebiet der Maya Q'eqchi' umfasst vier Sektoren: Nimla Benque, Chichipate, Se Xan und Casco Urbano. Jeder Sektor hat 13 Mitglieder und einen Vorsitzenden, die in der Versammlung gewählt wurden. Unter den Gewählten jeder Gruppe sind auch Frauen und Priester. Die gewählten Frauen und Männer wurden der Versammlung vorgestellt und durch diese anerkannt. Danach verfasste der Anwalt Anibal Maquin eine notarielle Urkunde, die von den neu gewählten Vorsitzenden unterzeichnet wurde. Dieses Dokument kann den Gemeinden und anderen Instanzen bei Bedarf vorgelegt werden.

Das fünf Stunden dauernde Treffen wurde mit einem leckeren Mittagessen beendet, das die Fischereigewerkschaft vorbereitet hatte: Pollo en hojas de maxan, also Hühnchen in Tabakblättern, und ein Schoko-Getränk aus der Region. (Unsere Abonnementin Brigitte Schubert, auf der Basis von Informationen ihres Freundes Leonel Xi Rax aus El Estor)

## Welle von Frauenmorden in Guatemala, Proteste in der Hauptstadt

**Guatemala-Stadt, 28. Januar** - Hunderte Personen haben in der Hauptstadt Guatemalas gegen geschlechtsspezifische Morde an Frauen demonstriert. Seit Beginn dieses Jahres wurden 42 "Feminicidios" in dem mittelamerikanischen Land gezählt, davon sechs innerhalb von 24 Stunden. An den Tagen zuvor hatte es bereits einige kleinere Protestaktionen gegeben. Der Begriff Femizid definiert die Tötung von Frauen oder Mädchen aufgrund ihres Geschlechtes. Der von lateinamerikanischen Aktivist\*innen geprägte Begriff schliesst das Staatsversagen ausdrücklich mit ein.

"Wenn sie Eine angreifen, geht das Alle an. Wenn sie Eine töten, stehen Alle auf. Wir müssen das Schweigen brechen. Wir müssen Präsenz zeigen", begann Rosa Gallarda vom Kollektiv 8. März ihre Rede bei der Protestkundgebung am Dienstag. Der Menschenrechtsobmann Jordan Rodas nahm an dem von verschiedenen Frauengruppen organisierten Protest teil und erklärte: "Die Regierung reagiert nicht. Es kann nicht sein, dass sie dieser harten Realität den Rücken kehrt. Die Frauen fühlen sich bedroht." Rodas forderte die Regierung von Präsident Alejandro Giammattei auf, eine Erklärung zu den Frauenmorden abzugeben sowie zu den beiden Jugendlichen, die ihr Augenlicht durch Polizeigewalt bei den Protesten in November verloren hatten.

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen ist in Guatemala weit verbreitet, findet aber wenig Aufmerksamkeit und wird von den Behörden wenig bekämpft und durch die patriarchalen Strukturen begünstigt. Nach einer Untersuchung der Regierung wurden in den letzten 20 Jahren 12.188 Femizide offiziell registriert, mit Zunahmen in den vergangenen Jahren. Nach Departamentos untersucht führen der Hauptstadtbezirk Guatemala, das an der Südküste gelegene Escuintla sowie Izabal im Nordosten des Landes die Statistik an.

Am vergangenen Freitag wurden sechs getötete Frauen aufgefunden. Der Leichnam von María del Rocío López wurde in einem Abwasserkanal wenige Meter von ihrer Arbeitsstelle entdeckt, nachdem sie bereits zwei Tage als vermisst gegolten hatte. In Escuintla im Landkreis Tiquisate wurden Cindy Laurena Chacón López und ihr Bruder von ihrem Ex-partner durch Schüsse getötet, der danach mit den zwei Kindern floh. Die Kinder wurden im Verlauf des Abends unverletzt von der Polizei aufgefunden. Am Kilometer 31 der Landstrasse zwischen San Lucas Sacatepéquez und Antigua Guatemala fanden Feuerwehrlaute die Leiche einer bisher unbekanntes Frau mit mehreren Schusswunden. In der Zone 18 der Hauptstadt in der Siedlung La Barrera wurde eine Leiche ebenfalls mit Schussverletzungen als Nora Velásquez Lemus Martínez identifiziert. Zeugen hatten gesehen, wie sie von mehreren Angreifern verfolgt worden war. Mitten in der Zone 2 der Hauptstadt wurde eine in Folie eingewickelte noch nicht identifizierte Leiche entdeckt. Das sechste Opfer wurde am Rio Ixcán, Cuyotenango Suchitepéquez gefunden.

Präsident Giammattei hatte in seiner Wahlkampagne den Kampf gegen innerfamiliäre Gewalt sowie die Herstellung von Chancengleichheit für Männer und Frauen zu einem der Schwerpunkte seiner Regierung erklärt. Angesichts der aktuellen Femizide forderte die Abgeordnete der linken Partei WINAQ, Sonia Gutierrez, auf einer Pressekonferenz die Umsetzung der Versprechen. Im Gespräch mit *amerika 21* sagte sie: "Im Wahlkampf hat Giammattei eine Priorisierung von Frauenthemen versprochen, was den Kampf gegen Femizide und Gewalt gegen Frauen miteinschliesst. Frauenthemen sollten Teil seines Regierungsprogramms werden. Umgesetzt hat er davon nicht nur nichts, die Arbeit von Fraueninstitutionen wird im ersten Jahr seiner Amtszeit sogar noch erschwert." Als Fraktion fordere WINAQ zusammen mit anderen Abgeordneten die Anwendung der entsprechenden Gesetze: "Es existieren viele Gesetze zum Schutz der Frau, aber sie müssen effektiver und koordinierter umgesetzt werden. Des Weiteren müssen Fraueninstitutionen mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden, denn ohne diese können sie nichts zum Schutz der Frauen vor Gewalt unternehmen."

Im vergangenen Jahr habe es Drohungen von Seiten der Regierung gegeben, das präsidiale Frauen-Sekretariat (SEPREM) aufzulösen "und durch eine wirkungslosere und vom Präsidenten kontrollierte Kommission zu ersetzen" (s. *Fijate!* 700). SEPREM wurde im Jahre 2000 als Teil des Friedensabkommens zwischen Guerilla und Regierung von 1996 eingerichtet. "Statt mit seiner Auflösung einen Schritt zurückzugehen, fordern wir mit anderen Abgeordneten, dass endlich ein richtiges Frauenministerium eingerichtet wird", betonte Sonia Gutierrez. (Teresa Sum, Thorben Austen, *Quetzaltenango*, *amerika21*)

## Oberste Wahlbehörde bestätigt die Auflösung der UCN wegen Finanzvergehen

**Guatemala, 29. Januar** - Die politische Partei, Einheit für Nationalen Wandel (UCN), ist mit ihrer Berufung gegen den Auflösungsbescheid bei der Obersten Wahlbehörde (TSE) gescheitert. Das Plenum des TSE erklärte einen Einspruch der UCN zur Vermeidung ihrer Annullierung für unbegründet.

Die Entscheidung des höchsten Wahlgremiums bestätigte in vollem Umfang den Beschluss SRC-R-961-2019 der Generaldirektion des Bürger\*innenregisters vom 6. Dezember 2019, der die Auflösung der Partei wegen Anomalien der Wahlfinanzierung anordnete. Diese Resolution beschreibt detailliert Ungereimtheiten bei der Einhaltung von Regeln in Bezug auf die Wahlfinanzierung, als die Gruppe in jenem Jahr versuchte, Mario Estrada zur Präsidentschaft zu führen. Der Sprecher des TSE, Ramírez, wies darauf hin, dass mit diesem Beschluss die Rechtsmittel, die die Fraktion einlegen kann, "auf der Ebene des TSE" erschöpft sind. Allerdings stünden der Partei noch andere juristische Instanzen offen, etwa der Oberste Gerichtshof oder das Verfassungsgericht.

### **Mario Estrada und die UCN**

Mario Estrada unternahm vier Versuche, mit der Partei UCN Präsident der Republik zu werden, aber seine Bestrebungen kollidierten mit der Anklage des US-Justizministeriums. Estrada ist bekannt als ein Politiker, der sich mit den Landarbeitern identifiziert, ein Konservativer und selbst beschriebener "erfolgreicher" Geschäftsmann aus "bescheidenen Verhältnissen". Im Februar 2020 verhängte das Südliche Bezirksgericht von New York eine 15-jährige Haftstrafe gegen den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Mario Estrada, da er mit einer mutmasslichen Gruppe von Drogenhändlern verbunden war, die ihn mit Finanzmitteln versorgen sollten. Estrada wurde im April 2019 in Miami, Florida, festgenommen, nachdem er - im Falle seiner Wahl zum Präsidenten - angeblichen Mitgliedern des Sinaloa-Kartells freie Hand für den Kokainhandel angeboten hatte. Laut der Anklageschrift ermittelte die U.S. Drogenbehörde (DEA) seit Dezember 2018 gegen mehrere Personen wegen des Versuchs, Geld von Drogenkartellen zur Unterstützung seiner Präsidentschaftskampagne anzufordern. (PL)

### **Brüder von Abgeordneten der UCN verhaftet**

Kürzlich wurde Henry Hernández Herrera in der Gemeinde Santa Ana Huista, Huehuetenango, verhaftet, weil gegen ihn seit Oktober 2018 ein Haftbefehl wegen Behinderung von Justizermittlungen bestand, wie die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECD) mitteilte. Hernández Herrera ist der Bruder der Kongressabgeordneten Sofia Hernández, Vizepräsidentin des Präsidiums des Kongresses und Mitglied der Partei UCN. Die Kongressabgeordnete gab damals eine Erklärung ab, in der sie sagte: "Ich kenne die Details des Falles nicht, aber ich vertraue der Justiz, dass sie eine objektive Untersuchung durchführt".

Andererseits wurde wenige Tage danach die Verhaftung des Bürgermeisters von Ocos, San Marcos, Carlos Danilo Preciado Navarizo, in Panama gemeldet. Gegen ihn lag ein Auslieferungersuchen aus den USA wegen Anklagen im Zusammenhang mit Drogenhandel vor. Carlos Preciado ist der Bruder der UCN-Abgeordneten Vivian Preciado Navarizo. Von ihr hat es dazu noch keine Stellungnahme gegeben. (LH)

## **Korruption im Gesundheitsministerium: Estuardo Galdámez in Untersuchungshaft**

**Guatemala, 29. Januar** - Der Ex-Abgeordnete und Präsidentschaftskandidat der FCN, Estuardo Galdámez Juárez, sitzt in Untersuchungshaft, weil er mit dem Korruptionsfall „Übernahme des Gesundheitsministeriums“ in Verbindung gebracht wird. Galdámez wurde am Freitag, 29. Januar, festgenommen. Das Gericht ordnete eine Sicherungsverwahrung von Galdámez an, da "Fluchtgefahr besteht und die Erforschung der Wahrheit behindert wird. Daher soll er in einem Zentrum für Sicherungsverwahrung bleiben". Galdámez wurde am 23. Dezember 2020 bei einer Polizeikontrolle festgenommen und am 21. Januar 2020 wegen der Verbrechen der illegalen Einflussnahme auf Verwaltungsakte und der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt. Dem Ex-Parlamentarier wird von der Staatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECD) vorgeworfen, den Bau eines Krankenhauses in Ixcán, Quiché, einem Distrikt, den er vertrat, "ausgehandelt" zu haben, um den Auftrag für rund 80 Mio. Q (= 8,3 Mio. €) an ein Unternehmen zu vergeben, von dem er angeblich eine Provision erhielt. Ein weiterer Vorwurf gegen ihn ist, dass er Einfluss auf die Einstellung von Personal im Gesundheitsministerium genommen haben soll.

Laut FECD wurde zwischen 2012 und 2014, während der Amtszeit der Patriotischen Partei mit Jorge Villavicencio als Gesundheitsminister, ein Netzwerk ehemaliger Beamt\*innen und Abgeordneten gebildet, um Geld für den Ausbau und die Reparatur von Krankenhäusern zu sammeln. Das System wurde mit Aktivitäten während des Katastrophenzustands aufgrund des Erdbebens von San Marcos und anderer Ereignisse eingerichtet, die den Bau von Krankenhäusern, den Kauf von Gütern im Gesundheitsministerium und die Vergabe von Positionen im Ministerium an Personen beinhalteten, die von Mitgliedern des Netzwerkes empfohlen wurden. In den Fall waren etwa 18 Personen verwickelt, und die Staatsanwaltschaft schätzte im Juli 2019, dass sich die Bestechungsgelder auf etwa 50 Mio. Q (= 5,188 Mio. €) beliefen. Zu den Indizien und Beweismitteln der Anklage gehören E-Mails, dokumentarische Aufzeichnungen, Kaufunterlagen, kriminalistische Analysen sowie Aussagen eines Mitarbeiters, der an der Sammlung des Geldes beteiligt war und zweier weiterer, die über strukturelle Hintergründe der Sammelmethode Kenntnisse hatten. Bei Verträgen zur Renovierung oder Reparatur von Krankenhäusern nach dem Erdbeben in San Marcos im Jahr 2012 wurden angeblich 17 Mio. Q (= 1,764 Mio. €) ausgegeben, beim Bau neuer Gesundheitszentren in Quiché, Baja Verapaz, Sacatepéquez und Villa Nueva angeblich Bestechungsgelder in Höhe von 36 Mio. Q (= 3,736 Mio. €) kassiert. Vorläufig wird geschätzt, dass zudem 900.000 Q (= 93.400 €) an Bestechungsgeldern für Verträge über den Ankauf von Waren für das Gesundheitsministerium kassiert wurden. (PL)

## Das Massaker von Tamaulipas zeigt die Dringlichkeit, die Migrationsursachen anzugehen

**San Marcos, 30. Januar** - Obwohl die Identität von 19 Personen, die bei einem Gewaltakt letzte Woche in Tamaulipas, Mexiko, getötet wurden, weiterhin unbekannt ist, trauern Dutzende von Familien in San Marcos und befürchten die Bestätigung, dass die Opfer ihre Angehörigen sein könnten. Die Tragödie zeigt nach Ansicht von Analyst\*innen, dass das Land dringend die Ursachen der Migration angehen muss. Die Regierung von US-Präsident Joe Biden sagte, dass sie versuchen werde, mit einem umfassenden Plan daran zu arbeiten, die strukturellen Ursachen anzugehen, die den Exodus der Menschen, vor allem aus Guatemala, Honduras und El Salvador erzeugen. Diese Aussage ging einher mit Botschaften, die sich gegen Korruption und für die Stärkung unabhängiger Gerichte ausgesprochen haben.

### Angst um die migrierte Tochter

Der Vater von Dora Amelia Lopez, einer Migrantin, sagte La Hora, dass er glaube, dass seine Tochter unter den Opfern in Tamaulipas sein könnte. Sie komme ursprünglich aus Sipacapa, San Marcos und habe sich zur Migration entschlossen, weil sie trotz ihres breit gefächerten Abschlusses in Buchhaltung keine Arbeit in ihrem Beruf finden konnte. Lopez liess drei Kinder in Guatemala zurück und ging das Risiko ein, ins Ausland zu reisen, weil sie wollte, dass ihre Kinder die Möglichkeit haben, an der Universität zu studieren und damit bessere Chancen im Leben haben würden. Ihr Vater erzählte, dass auch andere Leute in seiner Gemeinde ausgewandert seien und den "amerikanischen Traum" erreicht hätten. Daher dachte seine Tochter, sie könnte das auch. Jetzt denken sie in der Familie, dass sie vielleicht gestorben und in einem Sarg zurück ins Land kommen könnte. Laut Statistik des guatemaltekischen Migrationsinstituts war die Zahl der Rückkehrer\*innen aus San Marcos im Jahr 2020 mit 8.896 die höchste im Land, gefolgt von Huehuetenango mit 7.849.

### BRIERE: Die Korruption verhindert jegliche Hilfe für die Bevölkerung

Für den Experten für Migrationsfragen und ehemaligen Kongressabgeordneten, Jean Paul Briere, müsste im Angesicht des Massakers im mexikanischen Bundesstaat Tamaulipas die Migrationsfrage im eigenen Land gelöst werden, denn schliesslich müsse ein Land wie Guatemala selbst in der Lage sein, Entwicklung und Möglichkeiten zu schaffen, damit die Guatemalte\*innen in ihrer Heimat bleiben können. " Stattdessen gab es einen Mangel an Aufmerksamkeit seitens der amtierenden Regierungen und so wird offensichtlich, dass die Grundversorgung der Bevölkerung in vielen ländlichen Gegenden nicht vorhanden ist", sagte er. Briere erklärte, dass die Biden-Administration verstehe, dass die Verbesserung der Lage der Einwanderer\*innen nicht mit einer Mauer zu lösen sei, sondern nur mit der Entwicklung in den Herkunftsländern. "Ein wichtiger Punkt ist, dass dieser Ansatz zur Verringerung der Migration auch die Korruption bekämpfen muss, denn das Übel der Korruption verhindert, dass Dienstleistungen zur Bevölkerung gelangen", sagte er.

### HERNÁNDEZ: Solche Tragödien erinnern uns daran, was noch zu tun ist

Sindy Hernández, Analytistin am Institut für Forschung und Projektion zu globalen und territorialen Dynamiken (IDGT) der Universität Rafael Landívar, verwies zum wiederholten Male darauf, dass sich die Situation nur dann ändern werde, wenn die Ursachen, die die Menschen dazu bewegen, ihre Länder zu verlassen, angemessen und verantwortungsbe- wusst angegangen werden. Hernandez sagte, dass das Massaker in Tamaulipas eine weitere Tragödie sei, die Migrant\*innenfamilien betrauern müssten, weil es immer mehr Morde an Menschen gäbe, die versuchten, die Vereinigten Staaten zu erreichen. "Es gibt Hunderte von Migrant\*innen, die unterwegs durch die Hand des organisierten Verbrechens sterben und dann als Vermisste zurückgelassen werden", sagte sie. Die Wissenschaftlerin weist darauf hin, dass Ereignisse wie diese eine stete Mahnung seien, wohin die Regierungen ihre Bemühungen und Budgets richten sollten.

### MAUL: Das ist nur die Spitze des Eisbergs

Für den Forscher des Zentrums für Nationale Wirtschaftsforschung (CIEN), Hugo Maul, ist das, was in Tamaulipas passiert ist, nur "die Spitze des Eisbergs", denn Migrant\*innen litten darüber hinaus an vielfältigen Misshandlungen. "Über diesen speziellen Fall hinaus zeigt sich eine echte Dringlichkeit, Beschäftigungsmöglichkeiten in Guatemala zu schaffen. Speziell die Migrant\*innen aus San Marcos sehen, dass ihr Departement das Tor zum zentralamerikanischen Isthmus für den nordamerikanischen Markt ist", fügte er hinzu. Aus diesem Grund kritisierte er, dass Guatemala, ein Land nicht weit entfernt von dem grössten Markt der Welt, nicht in der Lage sei, den mexikanischen Markt zu nutzen, sondern weiterhin in ländlichen Dimensionen denke. "Ich glaube, dass das wirkliche Problem im Land nicht verstanden wird, weil für viele Entwicklung von der Landwirtschaft kommt. Je mehr Landwirtschaft in ruralen Gebieten mit geringer Produktivität, desto besser. Hätten die Menschen dort tatsächlich gleiche Chancen, dann würden sie nicht mit den Füßen abstimmen und in die Städte gehen, um dort nicht-landwirtschaftliche Arbeitsplätze zu suchen", betonte er.

Gestern informierte Präsident Alejandro Giammattei darüber, dass die DNA-Proben, die den Familien der möglichen Opfer entnommen wurden, nach Mexiko geschickt werden und dass derzeit nicht bestätigt werden kann, dass sich unter ihnen auch ein guatemaltekisches Opfer befindet. (LH)

## Kongress ignoriert die Zweifel an der Integrität des neuen Verfassungsrichters Mynor Moto

**Guatemala, 27. Januar** - Der guatemaltekische Kongress, kein Freund von Integrität, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit, hat sich erneut dazu entschlossen, ein Urteil des Verfassungsgerichts zu ignorieren, um einen neuen Richter dessel-

ben Gerichts zu vereidigen. Die guatemaltekische Anwalts- und Notariatskammer (CANG) wählte Mynor Mauricio Moto Morataya zum neuen Richter am Verfassungsgericht (CC), um den durch den Tod von Bonerge Mejia Orellana frei gewordenen Sitz einzunehmen. (...) Seine Position ist es, den Sitz bis zu den nächsten formellen Wahlen zum Verfassungsgericht zu besetzen, die im Jahr 2021 stattfinden sollten, aber Wahlen von Richter\*innen in Guatemala sind wegen des Umworbens und Kaufens von Gefälligkeiten problematisch, was zur Aufrechterhaltung der Korruption beitragen kann. (Guatemala Solidarity Network, UK)

### **Was bedeutet die Wahl von Mynor Moto für das Verfassungsgericht?**

Mynor Mauricio Moto Morataya (...) wird den Platz von Bonerge Mejia einnehmen, der im September aufgrund von Komplikationen mit COVID-19 verstorben ist. Es wird erwartet, dass der Kongress Moto im April (...) für die Amtszeit in Vollendung von Mejias' Amtszeit 2016-2021 vereidigen wird. Als Amtsinhaber würde Moto zu allen Plenarsitzungen des Obersten Gerichtshofs eingeladen werden. Mehrere Korruptionsfälle warten auf einen Beschluss des CC, um den Strafprozess zu klären oder um Beschlüsse zu überprüfen, die mit der Amtsenthebung von Beamt\*innen zu tun haben, z.B. im Fall des Kongressabgeordneten Felipe Alejos, der im Fall "Händler der Einflussnahme" angeklagt ist. In fast allen Fällen, die die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straffreiheit (FECI) ermittelt hat, gibt es Revisionen, die bis zum Verfassungsgericht gelangen. Insgesamt sind 295 solcher Fälle beim höchsten Gericht anhängig, allerdings ist noch nicht klar, welche der registrierten Fälle vor dem Abschluss stehen und welche noch offen sind. Ein offener Fall ist der Einspruch gegen die Unterzeichnung des Vertrags mit den USA über Guatemala als sicherer Drittstaat.

### **Warum wird Moto als Richter der Straffreiheit bezeichnet?**

Mynor Moto kommt zum CC im Schatten der Unterstützung durch Gremien und Gruppierungen, die mit Personen in Verbindung stehen, gegen die der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straffreiheit (FECI) ermittelt, etwa der Anwalt Wilson López, Neffe des ehemaligen Staatsanwalts gegen organisiertes Verbrechen, Rony López, der den Abgeordneten Óscar Argueta bei der Strafanzeige gegen die ehemalige Generalstaatsanwältin Thelma Aldana und dem Leiter der FECI, Juan Francisco Sandoval, wegen angeblicher Vortäuschung einer Straftat und Amtsmissbrauch unterstützte. Die Staatsanwaltschaft dokumentierte auch ein Treffen zwischen Moto und Richter Geisler Smaille Pérez Domínguez und Anwalt Juan Carlos Borrayo Carbjal, der als Anwalt von Gustavo Alejos im Fall „Händler der Gesundheit“ fungiert. Das Treffen fand am 11. Dezember statt, bevor Moto seine Bewerbung für das Amt des Verfassungsrichters vorlegte.

### **Die Beschlüsse der „Schande“**

1. Der Fall „Kanzlei der Straffreiheit“, von dem die ehemalige Richterin Marta Sierra de Stalling profitierte, die die Schwägerin der suspendierten Richterin Blanca Stalling ist, wurde von ihm geschlossen.
2. Er stoppte den Antrag auf ein Ermittlungsverfahren gegen den Abgeordneten Felipe Alejos von der Partei TODOS im Fall „Händler der Einflussnahme“.
3. Er erklärte die endgültige Einstellung des Prozesses gegen die Brüder Francisco und Estuardo Valdés Paiz, die des Mordes an Rodrigo Rosenberg angeklagt waren.
4. Das Gericht stellte das Verfahren gegen die ex-Kongressabgeordnete Mirza Arreaga vorläufig ein, der vorgeworfen wird, den ehemaligen Minister für soziale Entwicklung, Edgar Leonel Rodríguez Lara, um Jobs gebeten zu haben.
5. Im Fall „Zahlungsanweisung von Chimaltenango“ lehnte er es ab, einen Haftbefehl gegen den ehemaligen Verkehrsminister José Luis Benito zu erlassen.
6. Ohne sich näher mit dem Fall zu befassen, bestätigte er die Eingabe des Anwalts Dennis Herrera, um die Richterin Erika Aifán vom Fall „Parallele Kommissionen 2020“ abzuziehen.
7. Er urteilte zugunsten von Orlando Blanco, der wegen illegaler Wahlkampffinanzierung der UNE angeklagt war.

### **Wahlkampffinanzierung**

Moto konnte dank des Lufttransports, den er nicht abrechnen musste, in mehreren Departements Wahlkampf machen. Ein Korrespondent von elPeriódico dokumentierte, dass er zusammen mit den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der Partei TODOS, Fredy Cabrera und Wilson López, an Bord eines Leichtflugzeugs war. (...) (...)

### **Ermittlungsverfahren gegen Moto**

Gegen Richter Mynor Moto wurden zwei Anträge auf Amtsenthebung gestellt, die vom Obersten Gerichtshof (CSJ) gestoppt wurden. Derzeit sind ein Antrag auf Amtsenthebung gegen ihn wegen möglicher Behinderung im Fall „Zahlungsanweisung von Chimaltenango“ und eine Klage vor dem Disziplinausschuss der Justiz wegen des Aufrufs zum Ungehorsam gegen den Gerichtsbeschluss, der die zweite Runde der Wahlen in der CANG ausgesetzt hat, anhängig.

### **Noch anhängige rechtliche Schritte**

Der Anwalt Alfonso Carrillo hat am Dienstag Einspruch gegen die Ernennung von Mynor Mauricio Moto Morataya zum Vorsitzenden Richter des Verfassungsgerichts (CC) eingelegt, der gestern vom Kollegium der CANG gewählt wurde. Die Beschwerde, die am Dienstag eingereicht wurde, wird damit begründet, dass vom CANG "nicht verlangt worden ist, dass Moto Morataya die Verdienste der Eignung und Ehrlichkeit (nach Artikel 113 der Verfassung) bzw. der Ehrenhaftigkeit (nach Artikel 270 der Verfassung) erfülle". Die Ernennung von Moto wird auch mit der Begründung angefochten, dass er keine 15 Jahre Berufspraxis als Rechtsanwalt nachweisen kann. Der Einspruch zielt darauf ab, dass die CANG eine Neuwahl in Übereinstimmung mit den verfassungsrechtlichen Anforderungen durchführt. (EP)

## Neues Dossier: Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger\*innen in Zentralamerika

*Liebe Zentralamerika-Interessierte,  
nach einem Jahr intensiver Arbeit, in enger Zusammenarbeit mit (...) Organisationen des Runden Tisches Zentralamerika (RT-ZA), ist unser Dossier zu Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger\*innen in Zentralamerika fertiggestellt und druckfrisch geliefert worden. Das Dossier will nicht nur die zunehmende Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger\*innen in Zentralamerika sichtbar machen, sondern soll auch einen Beitrag dazu leisten, Kriminalisierungsprozesse besser zu verstehen, um geeignete Massnahmen und Strategien zu ergreifen, um diese zu beenden.*

Menschenrechtsverteidiger\*innen werden weltweit bedroht und verfolgt, stigmatisiert und diffamiert, zu Unrecht angezeigt, verhaftet, verletzt oder gar ermordet. Einige verschwinden spurlos. Auch in Zentralamerika zeigt sich dieses Phänomen immer häufiger. Während der Grossteil dieser Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger\*innen straflos bleibt, nimmt der Einsatz des Strafrechts und der Gesetzgebung mit dem Ziel, die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger\*innen zu verhindern, stark zu.

Was **Kriminalisierung** von anderen Übergriffen gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen unterscheidet, ist der gezielte Einsatz des Gesetzes gegen sie. Dadurch erlangen Repressalien einen Anschein von Legitimität: Menschenrechtsverteidiger\*innen bekommen die Allmacht des Staates und großer Unternehmen zu spüren. Das Unrecht, das ihnen widerfährt, wird von den Autoritäten als rechtmässige Handlung dargestellt. Teilweise werden dafür neue, sogar verfassungswidrige Gesetze eingeführt.

In einer einführenden **Analyse** werden Definition und Zielsetzung von Kriminalisierung erläutert, typische Straftaten und verantwortliche Akteur\*innen benannt und die Auswirkungen für die Betroffenen und ihr Umfeld dargelegt.

Im Anschluss gibt es einen kurzen Überblick über die Situation in den Ländern **Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua**. Das 60-seitige Dossier soll dieses Unrecht sichtbar machen und dazu beitragen, die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger\*innen zu beenden. Dafür werden **Handlungsempfehlungen** auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene gegeben.

Herzstück dieser Publikation sind neun ausführliche **Fallbeschreibungen**. Sie stehen exemplarisch für unterschiedliche Gruppen von Betroffenen, vielfältige Facetten von Kriminalisierung und Hunderte, wenn nicht Tausende kriminalisierter Menschenrechtsverteidiger\*innen in der Region.

**Herausgeber** des Dossiers sind Mitgliedsorganisationen des Runden Tisches Zentralamerika, eines 2012 gegründeten Netzwerks, das auf die Situation und Problemlagen in den zentralamerikanischen Ländern aufmerksam machen will. Im Fokus der gemeinsamen Arbeit steht die Menschenrechtsslage in der Region.

**Download:** <https://www.rt-za.de/publikationen/> **Dossier bestellen:** <https://www.rt-za.de/kontakt/>

**¡Fijáte!**  
vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>  
[www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

**Redaktion:**  
Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)  
Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel  
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)  
Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €  
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:**  
IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6